

Schulausschuss	01.06.2022
Jugendhilfeausschuss	01.06.2022

öffentlich

Vorlage Nr.	346/2022-13
Stand	24.05.2022

Betreff Antrag der UWG-Fraktion vom 06.05.2022 betr. Erhöhung der Förderbeiträge für die OGS-Träger in Bornheim

Beschlussentwurf Schulausschuss

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Beschlussentwurf Jugendhilfeausschuss

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Sachverhalt

Die UWG/Forum-Fraktion hat einen Antrag auf Anpassung der Förderbeiträge seitens der Stadt an die OGS-Träger ab dem Schuljahr 2022/2023 um mindestens 3,75 € pro OGS-Platz /Monat gestellt.

Im Rahmen der Neugestaltung der Kooperationsvereinbarungen mit den Trägern im Jahr 2019 wurden u.a. auch die Finanzierungsfragen mit den Träger besprochen und verhandelt. Die Ergebnisse der Gespräche sind in § 5 der Kooperationsvereinbarung aufgeführt.

Demnach zahlt die Stadt Bornheim den Trägern für die am Stichtag gemeldeten förderfähigen Ganztagsplätze eine Pauschale, die sich aus Landesmitteln und kommunalen Mitteln (Garantiebetrag) zusammensetzt. Diese beträgt zurzeit für Regelkinder 2.393 € je Jahr und Kind. Hierin enthalten sind 1.313 € Landesmittel und ein kommunaler Anteil von 1.080 €. Für Förderkinder wird eine Pauschale von 3.472 € je Jahr und Kind gewährt. Der Anteil der Landesmittel beträgt hier 2.392 €. Der kommunale Anteil beträgt 1.080 €.

Die Beträge der Landesmittel werden jährlich um 3 v.H. angepasst (siehe RdErl. 11-02 Nr. 19 d. Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder) und an die Träger weitergeleitet.

Aufgrund der von den Trägern vorgelegten Verwendungsnachweise ist die Finanzierung der Träger derzeit auskömmlich. Zudem liegen der Verwaltung keine Anträge der OGS-Träger auf Anpassung des kommunalen Anteils von derzeit 90 € je Kind/Monat vor.

Im Rahmen der Qualitätsentwicklung und des kommenden Rechtsanspruches, wird die finanzielle und personelle Ausstattung der OGS-Träger mit großer Wahrscheinlichkeit neu bewertet werden müssen. Die Thematik wird von der Verwaltung aufgegriffen und im Rahmen der künftigen „Runden Tische“ mit Träger und Gremien ausgearbeitet.